

Hartz IV ist Armut per Gesetz! Hartz IV muss weg!

Die umseitige Petition können Sie auch online zeichnen unter:

https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2013/_10/_23/Petition_46483.nc.html

Unsere Anfrage können Sie hier einsehen:

<http://tinyurl.com/occjwrm>



**Knüppel aus dem Sack für
das Hartz IV-Zwangsregime...**

...und was Süßes für die Menschen!

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft



Tiefer 8 | 28195 Bremen
mail@linksfraktion-bremen.de
www.linksfraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.: Michael Horn

Foto Innenteil: Gabi Eder / pixelio.de

Diese Publikation dient ausschließlich der Information.

Sie darf weder zur Parteienwerbung noch zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

www.linksfraktion-bremen.de

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Hartz IV-Sanktionen sind menschenverachtend!



Kürzlich wurde bekannt, dass Jobcenter Schülerinnen und Schüler aus Familien, die Hartz IV beziehen, drängen, ihre Schullaufbahn zu beenden und eine Arbeit zu suchen. Sie bestellen Schülerinnen und Schüler zu Jobcenter-Besuchen ein und fordern zusätzlich zu Schulbescheinigungen noch die Zeugnisse. Andernfalls drohen Sanktionen, das heißt eine Kürzung der Hartz-IV-Leistung. DIE LINKE protestiert gegen diese Vorgehensweise und will dagegen angehen. Wir haben diesbezüglich an den Bremer Senat bereits eine Anfrage gestellt.

Von Sanktionen sind viele Hartz-IV-Beziehende betroffen, im Jahr 2012 wurden mehr als eine Million Sanktionen verhängt. Durch diese Zwangsmaßnahmen soll der Druck auf sie erhöht werden, schlechte Jobs für schlechte Bezahlung anzunehmen. Die Unternehmen reiben sich die Hände. Dieses „Offene Hartz-IV-Vollzugssystem“ fördert massiv die Lohndrückerei und hat so das deutsche Kapital durch die Eurokrise gebracht.

Deshalb kämpft die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE für ein Ende der Sanktionen und für eine Abschaffung der „Armut per Gesetz“ durch das Hartz IV-Zwangssystem. Wir fordern stattdessen die Einführung einer Mindestsicherung ohne Sanktionen, die sich nach dem Bedarf richtet.

Neben der parlamentarischen Arbeit im Land Bremen unterstützt die Linksfraktion auch die Petition für den Deutschen Bundestag zur Abschaffung der Sanktionsparagrafen (siehe Petitionstext gegenüberliegende Seite).

Vom rot-grünen Senat in Bremen ist ebenso wenig eine Verbesserung der Lebenslagen für Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV zu erwarten wie von der neuen schwarz-roten Bundesregierung. Deshalb müssen wir gemeinsam selbst aktiv werden.

Unterstützung der Petition von Inge Hannemann zur ersatzlosen Streichung der Möglichkeit von Sanktionen und Leistungseinschränkungen im SGB II und SGB XII

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich das Petitionsanliegen von Frau Inge Hannemann zur Einreichung beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit folgender Forderung: Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Paragrafen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende, § 31 bis § 32 SGB II) und im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe, §39a SGB XII) ersatzlos zu streichen, die die Möglichkeit von Sanktionen bzw. Leistungseinschränkungen beinhalten.

Begründung:

Die Sanktionen (§ 31 und § 32 Zweites Buch Sozialgesetzbuch) und die Leistungseinschränkungen (§ 39 a Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch) verletzen das Recht auf die Absicherung des zwingend gesetzlich festgelegten soziokulturellen Existenz-minimums. Wem ganz oder teilweise die Grundsicherungsleistung gestrichen wird, dessen Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist bedroht.

Bitte alle Felder in Blockschrift **gut** leserlich ausfüllen und **eigenhändig** unterzeichnen!

Unterstützung der Petition von Inge Hannemann zur ersatzlosen Streichung der Möglichkeit von Sanktionen und Leistungseinschränkungen im SGB II und SGB XII

| Lfd.-Nr. | Name | Vorname | Straße und Hausnummer | PLZ | Wohnt in Deutschland | Unterschrift |
|----------|------|---------|-----------------------|-----|----------------------|--------------|
| 01 | | | | | | |
| 02 | | | | | | |
| 03 | | | | | | |
| 04 | | | | | | |
| 05 | | | | | | |
| 06 | | | | | | |

Die ausgefüllte Unterschriftenliste bitte bis zum **11.12.2013** in einem ausreichend frankierten Briefumschlag an Inge Hannemann, Jessenstraße 10, 22767 Hamburg senden. Später übermittelte Unterschriftenlisten können zur Erreichung einer öffentlichen Anhörung zur Petition im Deutschen Bundestag nicht mehr berücksichtigt werden. Die Unterschriftenlisten werden ausschließlich zur Einreichung beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages verwendet.